

**Protokoll über die Online-Video-Konferenz des Fachausschusses „Soziales, Integration, Jugend, SeniorInnen und Inklusion“ des Stadtteilbeirats Findorff vom 20.09.2022**

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr  
Ende der Sitzung: 20.15 Uhr

Nr.: XIII/4/22

Teilgenommen haben:

Anke Bittkau  
Marcella Dammrat-Tiefensee  
August Kötter  
Margarethe Klimek  
Oliver Otwiaska  
Florian Schachtsiek  
Pia Straßburger  
David Theisinger

Verhindert sind:

Mokhtar Hashemzadeh-Atouie (i.V. David Theisinger)  
Marianna Pawliczek (i.V. Oliver Otwiaska)

Gäste:

Herr Khosro Askari – Arbeiter-Samariter-Bund  
sowie interessierte Bürger:innen

---

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

<b><u>TOP 1:</u></b>	<b>Beschlussfähigkeit und Tagesordnung</b>	<b>18.00 Uhr</b>
<b><u>TOP 2:</u></b>	<b>Genehmigung der Protokolle Nr.: XIII/2/2022 vom 29.03.2022 sowie Nr.: XIII/3/2022 vom 31.05.2022</b>	<b>18.05 Uhr</b>
<b><u>TOP 3:</u></b>	<b>Bericht aus dem Arbeitskreis Toleranzorte und weitere Arbeit im Arbeitskreis</b> Dazu: Mitglieder des Arbeitskreises	<b>18.10 Uhr</b>
<b><u>TOP 4:</u></b>	<b>Flüchtlinge in Findorff</b> - Situation der Geflüchteten in den Messehallen Dazu: Herr Khosro Askari, Arbeiter-Samariter-Bund	<b>18.40 Uhr</b>
<b><u>TOP 5:</u></b>	<b>Entscheidungsbedarfe in Stadtteilangelegenheiten</b>	<b>19.15 Uhr</b>
<b><u>TOP 6:</u></b>	<b>Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes</b>	<b>19.45 Uhr</b>

---

**TOP 1: Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

Der Ausschuss ist beschlussfähig.  
Die Tagesordnung wird beschlossen.

**TOP 2: Genehmigung der Protokolle Nr.: XIII/2/2022 vom 29.03.2022 sowie Nr.: XIII/3/2022 vom 31.05.2022**

Den Protokollen vom 29.03.2022 und vom 31.05.2022 wird zugestimmt.

### **TOP 3: Bericht aus dem Arbeitskreis Toleranzorte**

TeilnehmerInnen des Arbeitskreises berichten von der bisherigen Arbeit. Der Arbeitskreis besteht seit etwas über einem Jahr und trifft sich regelmäßig. Als Schwerpunkt der Arbeit wurde die Verbesserung der Situation obdachloser Menschen durch die Schaffung von Toleranzorten in innenstadtnahen Stadtteilen festgelegt. Zu diesem Zweck wurde in den letzten Monaten durch Gespräche mit Sozialarbeitern und Streetworkern zunächst der Blick für die Problematik geschärft und Begrifflichkeiten bestimmt. Im letzten Winter wurde ein erster Beschluss gefasst, in dem die Ressorts Inneres, Soziales und SKUMS aufgefordert wurden, obdachlose Menschen in kalten Nächten, die aus verschiedenen Gründen keine Unterkünfte aufsuchen möchten oder können, zu unterstützen und als Mindestanforderung wenigstens nicht auffordern, selbst gesuchte, geschützte Aufenthaltsorte zu verlassen.

In den Stadtteilen bestehen verschiedene Problemlagen, die unterschiedlich angegangen werden. Bei der Bearbeitung der stadteilspezifischen Fragen sind die Stadtteile auch unterschiedlich weit. Nach Gesprächen, auch mit VertreterInnen der zuständigen Ressorts, muss der Arbeitskreis jetzt seinen Ansatzpunkt noch einmal klarstellen und die Ziele genauer definieren, um an diesen weiterarbeiten zu können.

Der Beirat Schwachhausen hatte im August einen Beschluss zur Situation am Nelson-Mandela-Park gefasst. Der Beschluss wird von einem Vertreter des Arbeitskreises, der im Schwachhauser Beirat ist, zusammengefasst.

→ Der Fachausschuss Soziales schließt sich dem Beschluss an und bittet um Weiterleitung an den Beirat mit der Bitte um Befassung in der Sitzung am 27.09.2022 (Anlage 1 und 2).

Frau Dr. Prepeliczay, die an der Universität Bremen (Institut für Public Health und Pflegeforschung) zu einem angrenzenden Thema forscht, nimmt als interessierter Gast an der Sitzung teil. Frau Dr. Prepeliczay hat sich auch mit genau diesen Themen wissenschaftlich befasst und kann den Arbeitskreis mit akademischem Hintergrundwissen unterstützen. Über eine zukünftige Zusammenarbeit soll gesprochen werden.

### **TOP 4: Flüchtlinge in Findorff (insb. Situation der Geflüchteten in den Messehallen)**

Herr Askari berichtet zur aktuellen Situation der ukrainischen Geflüchteten.

Grundsätzlich ist die Situation in den Messehallen recht gut. Ein Team von 30 MitarbeiterInnen kümmert sich um die Menschen und unterstützt bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, bei Schulanmeldungen und in anderen Fragen.

Problematisch ist allerdings die medizinische Versorgung. Abhängig von ihrem jeweiligen Aufenthaltsstatus haben die meisten Menschen nur einen Anspruch auf eine Notfallversorgung. Die meisten Menschen werden nach einiger Zeit in das SGB II übergeleitet und haben dann Anspruch auf eine übliche Krankenversicherung mit entsprechenden Leistungen. Dieser Übergang verzögert sich derzeit aus Kapazitätsgründen der Behörden in vielen Fällen.

Eine Notfallbehandlung ist in vielen Fällen keine ernsthafte Option, z. B. bei Krebserkrankungen bei denen eine Unterbrechung der Therapie eine schnelle Verschlimmerung des Krankheitsbildes bedeuten könnte. Auch medizinische Hilfsmittel wie Brillen, Hörgeräte und Gehhilfen werden nicht in allen Fällen übernommen, sind für die Menschen aber notwendig, um sich um ihre Angelegenheiten kümmern zu können. Erschwerend kommt hinzu, dass in der Einrichtung einige Menschen mit Suchterkrankungen untergebracht sind. Auch diese Menschen können nicht angemessen behandelt werden, da z. B. Substitutionsmedikamente nicht verschrieben werden können. Da diese Menschen mittlerweile auch Entzugerscheinungen zeigen, ist eine schnelle Hilfe und Unterstützung erforderlich. Die MitarbeiterInnen der Messehallen sind für die Unterstützung suchtkranker Menschen nicht ausgebildet.

Der Fachausschuss Soziales fasst einen Beschluss, in dem die zuständigen senatorischen Behörden aufgefordert werden, für kurzfristige Hilfe zu sorgen (Anlage 3). Außerdem bittet der Fachausschuss um einen kurzfristigen Gesprächstermin mit den zuständigen BehördenvertreterInnen, um weitere Unterstützungsmöglichkeiten zu besprechen.

In der Unterkunft in der Corveystraße ist die Situation wie gehabt sehr gut. Die ehrenamtlichen Helfer beginnen langsam wieder, Projekte anzubieten. Seit einiger Zeit wird zudem eine Wohnungsbörse angeboten.

In der Unterkunft in der Bonifatiusgemeinde ist die Situation ebenfalls gut. Einige der Jugendlichen haben die Berufsausbildung bereits beendet. Die anderen besuchen in der Regel die Schule oder absolvieren Ausbildungen. In einigen Fällen sind noch Deutschkurse erforderlich.

Das Jugendzentrum berichtet, dass das Kochprojekt für Jugendliche gut angenommen wird und dass dadurch auch zu anderen Zeiten mehr Besucher aus der Halle 7 das Freizeitzentrum besuchen. Es gibt noch Sprachprobleme, die in der Regel jedoch durch Übersetzungs-Apps auf dem Handy behoben werden können.

#### **TOP 5: Entscheidungsbedarfe in Stadtteilangelegenheiten**

Es gibt keine weiteren Entscheidungsbedarfe.

#### **TOP 6: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes**

Zum Thema DiA-Digital im Alter gibt es bisher keine neuen Informationen. Der Vertreter aus dem Beirat Burglesum hat über das Projekt in der Seniorenvertretung berichtet und wird sich per Email an die Interessierten wenden, wenn es Neues zu berichten gibt.

#### Bereits an die Mitglieder des Beirates per E-Mail versandt:

- Einladung zur Veranstaltung der Landesbehindertenbeauftragten, „Eine Stadt für Alle/Barrierefreiheit im Zentrum“, 11.07.2022.
- Save The Date: Gesundheitskonferenz 2022 im Rahmen des Projekts „Bremer WeGe – systemisch gesund“, 02.11.2022.
- Auftaktveranstaltung DiA, 27.06.2022.
- Mitteilung des AfSD, Wasserbrunnensperrung auf dem Spielplatz Kissinger Straße.
- Einladung des AfSD, Kooprunde Jugendarbeit MöV/Vernetzungstreffen Jugendarbeit Findorff, 31.08.2022.
- Mitteilung des Kulturzentrums Findorff e.V., 24. Skater Session „Endless Grind“, 20.08.2022.
- Einladung zur Fachveranstaltung der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport, „Überregionale Angebote in der Kinder- und Jugendförderung“, 10.10.2022.
- 3. Förderaufruf "Stark im Sozialraum".

Vorsitz/Protokoll:

Sprecher:

- Christina Contu -

- August Kötter –

Anlagen

**Ortsamt  
Schwachhausen/Vahr**



**Freie  
Hansestadt  
Bremen**

Ortsamt Schwachhausen/Vahr, Wilh.-Leuschner-Str. 27A, 28329 Bremen

Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport  
Anja Stahmann

Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz  
Claudia Bernhard

Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung  
und Wohnungsbau  
Dr. Maike Schäfer

Senator für Inneres  
Ulrich Mäurer

Auskunft erteilt:  
Thomas Berger

Zimmer 87

T (0421) 361-18 038  
F (0421) 496-18 038

E-Mail:  
[thomas.berger@oaschwachhausen.bremen.de](mailto:thomas.berger@oaschwachhausen.bremen.de)

Datum und Zeichen  
Ihres Schreibens

Unser Zeichen  
(bitte bei Antwort angeben)

Bremen, 6. September 2022

**Beirat Schwachhausen: Umgestaltung und Aufwertung des Nelson-Mandela-Parks**

Sehr geehrte Frau Senatorin Stahmann,  
sehr geehrte Frau Senatorin Bernhard,  
sehr geehrte Frau Senatorin Dr. Schäfer,  
sehr geehrter Herr Senator Mäurer,

der Fachausschuss „Soziales, Integration, Jugend und Kultur“ des Beirats Schwachhausen hat sich in seiner gestrigen Sitzung zum wiederholten Mal mit dem Nelson-Mandela-Park befasst. Leider haben sich in den Sommermonaten mehrere Anlässe ergeben, die die Örtlichkeit wieder in den Fokus gerückt haben:

- Der Park wird von einer zunehmenden Zahl von Personen genutzt, die wohnungslos und/oder drogenabhängig sind. Damit einher gehen verstärkter Drogenkonsum und -handel im Park und der anliegenden Blumenthalstraße. Benutztes Spritzbesteck findet sich sowohl im Park als auch im Umfeld des Spielplatzes an der Hohenlohestraße. Von der comeback gGmbH aufgehängte Sammelbehälter für benutzte Spritzen wurden leider mehrfach wieder entfernt, so dass sie für ihren Zweck nicht zur Verfügung standen;
- die insgesamt zunehmende Nutzung des Parks bringt ein erhöhtes Müllaufkommen mit sich. Trotz täglicher Reinigungsgänge durch Umweltbetrieb Bremen (UBB) nimmt die Verschmutzung des Parks zu, so dass inzwischen Immobilien Bremen (IB) wieder gezielt gegen eine merkliche gestiegene Zahl von Ratten vorgehen muss;
- in den zurückliegenden Wochen musste das örtliche Polizeirevier verstärkt gegen im Park aufgestellte Zelte einschreiten;
- in der Nachbarschaft des Parks wird die dortige Situation zunehmend als unzumutbar wahrgenommen.

Eingang  
Wilhelm-Leuschner-Straße 27A, Block D  
28329 Bremen  
<http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de>

Straßenbahnlinie 1  
Wilhelm-Leuschner-Straße

Sprechzeiten  
Mo.-Do. 9-15 Uhr  
Fr. 9-13.30 Uhr und  
nach Vereinbarung

Dienstleistungen und Informationen der Verwaltung unter Tel. (0421) 361-0  
[www.transparenz.bremen.de](http://www.transparenz.bremen.de), [www.service.bremen.de](http://www.service.bremen.de)

Der Fachausschuss hat sich in seiner gestrigen Sitzung einstimmig auf folgenden Beschluss verständigt:

1. „Als Teil des Gesamtkonzeptes zur Attraktivitätssteigerung des Nelson-Mandela-Parks befürwortet der Fachausschuss kurz- bzw. mittelfristig umsetzbare Maßnahmen, wie sie die innerhalb des Fachausschusses entstandene Arbeitsgruppe Nelson-Mandela-Park in ihrem Katalog (Stand: 20.08.2022, siehe Anhang) festgehalten hat und die der Verbesserung der Durchgangs- und Aufenthaltsqualität dienen sollen.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Verbesserung der Beleuchtungssituation,
  - Schaffung von neuen Pflanzungen sowie
  - neuer Spiel- und Begegnungsmöglichkeiten,
  - Kontrolle der Einhaltung der Parkordnung und der kostenlosen Essensausgabe.
2. Als *Interimslösung* fordert der Fachausschuss, den Spielplatz an der Hohenlohestraße unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes in den Nelson-Mandela-Park zu verlegen und einen sozialtherapeutisch betreuten Akzeptanzraum auf dem freiwerdenden Areal des jetzigen Spielplatzes an der Hohenlohestraße einzurichten.
  3. Als nachhaltigste Maßnahme zur Attraktivitätssteigerung des Parks und zur Verbesserung der Situation wohnungsloser und drogenabhängiger Personen erwartet der Fachausschuss ressort- und beiratsübergreifende Maßnahmen mit dem Ziel, nach dem in Hamburg praktizierten Modell einen zentralen und menschenwürdigen Anlaufpunkt für betroffene Menschen in Bahnhofsnähe zu schaffen.

Die Planungen für ein bahnhofsnahe Areal sind gemäß den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag des amtierenden Senats auf städtischer Ebene bereits vorhanden, die Umsetzung gestaltet sich aber aktuell als zu zögerlich. Aufgrund der Situation im Nelson-Mandela-Park ist dies nicht vertretbar.

Die Umgestaltung des Nelson-Mandela-Parks und dessen Umfelds soll in enger Abstimmung mit den sozialen Hilfseinrichtungen, den Anwohner\*innen, der benachbarten evangelisch-freikirchlichen Kreuzgemeinde sowie dem Hermann-Böse-Gymnasium umgesetzt werden.“

Für Rückfragen stehen wir seitens des Ortsamts gerne zur Verfügung.

In Erwartung Ihrer baldigen Stellungnahme bzw. einer Vorstellung Ihrer Arbeitsergebnisse in den Gremien des Beirats Schwachhausen

verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Thomas Berger

**Zielsetzung**

Ziel ist die Belebung und Aufwertung des Parks. Er soll ein Ort der Ruhe und Erholung, aber auch der Begegnung und Freizeitaktivitäten für Jung und Alt sein.

Das Antikolonialdenkmal, das Mahnmal Ohamakari und Khatchkar, der Kreuzstein der armenischen Kirche sowie der Verein „Der Elefant!“ e.V. sind Anknüpfungspunkte für den Austausch der Kulturen. Die Innere Mission in der Blumenthalstraße kann ein Ansprechpartner für integrative Projekte für Menschen mit Behinderung sein.

**Der Nelson-Mandela-Park ist sehr gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen:**

- Haltestelle Blumenthalstraße: Linien 6, 8, 24 und Regionalbuslinien 630 und 670
- Haltestelle Messe-Zentrum: Linien 5, 26, 27

**Voraussetzung für die Belebung und Aufwertung des Parks sind Sicherheit und Sauberkeit. Hierzu einige Maßnahmenvorschläge, die kurz- bzw. mittelfristig umgesetzt werden müssen:**

- Die **Reinigung des Parks** in kurzen Intervallen: Entfernung des Abfalls, Reinigung der beschmierten Kunstobjekte, tägliche Säuberung der Toiletten
  - kurzfristig: tägliche Reinigung der Mobiltoiletten und Aufstellung barrierefreier Toiletten für Rollstuhlfahrer/innen
  - Trockene und saubere Gestaltung des Bodens um die Trinkwasserstelle, Grundreinigung der Trinkwasser-Säule bzw. Aufstellung einer neuen, aus der hygienisch Wasser entnommen werden kann
  - Hinweisschilder/-aufkeber mit Erläuterung: „Vögel nicht füttern - Gefahr der Erkrankung" o.Ä., an Spritzenbehälter: „Bitte hängen lassen - danke!“, besser: standfeste Beton-Auffangssäulen mit Schlössern; Sofortmaßnahme: Entfernung herumliegender Spritzen
  - Aufkleber für Mülleimer: „Pfand daneben“ vom BUND
- Schaffung eines weiteren Akzeptanzortes neben der Trafo-Station am Spielplatz in der Hohelohestraße

- Erstellen einer **Parkordnung** für den Nelson-Mandela-Park, um Sauberkeit und Sicherheit zu gewährleisten
- Engmaschige Kontrolle der Einhaltung der Parkordnung
- kommunikativere Aufstellung von Bänken in Akzeptanzbereichen (Orte, an denen u.a. Plattengeher/innen, ethnische Gruppen und sonstige Parkbesucher/innen akzeptiert werden bzw. sich gegenseitig akzeptieren)
- **Erhöhung der Sicherheit** durch regelmäßige Kontrollen
  - Regelmäßiger Rückschnitt des Grünbewuchses zur Erhöhung der Sicherheit
  - Lichtgestaltung (vielleicht nur in den Bäumen) oder wenige Boden-Strahler am Rand der Haupt-Gehwege

**Aufwertung und Belebung des Nelson-Mandela-Parks (langfristige Maßnahmen):**

- Hier sollen alle Generationen gleichermaßen angesprochen werden.
- Gärtnerische Aufwertung, beispielsweise Blumenbeete
- Schaffung der Orte für Begegnung und Freizeitaktivitäten:
  - Kiosk mit kleinen gastronomischen Angeboten
  - Toilettenanlage mit Personal beim Kiosk
  - Aufstellung von Spielgeräten permanent oder temporär durch SpielLandschaftStadt e.V.
  - Sportliche Angebote: Bouleplatz, Tischtennisplatten, Schach
  - Aufstellung eines Pavillons für kulturelle Angebote wie Konzerte, Lesungen, Theater
  - Regelmäßige Veranstaltungen im Bereich Spiel- und Sportangebote und Kultur.



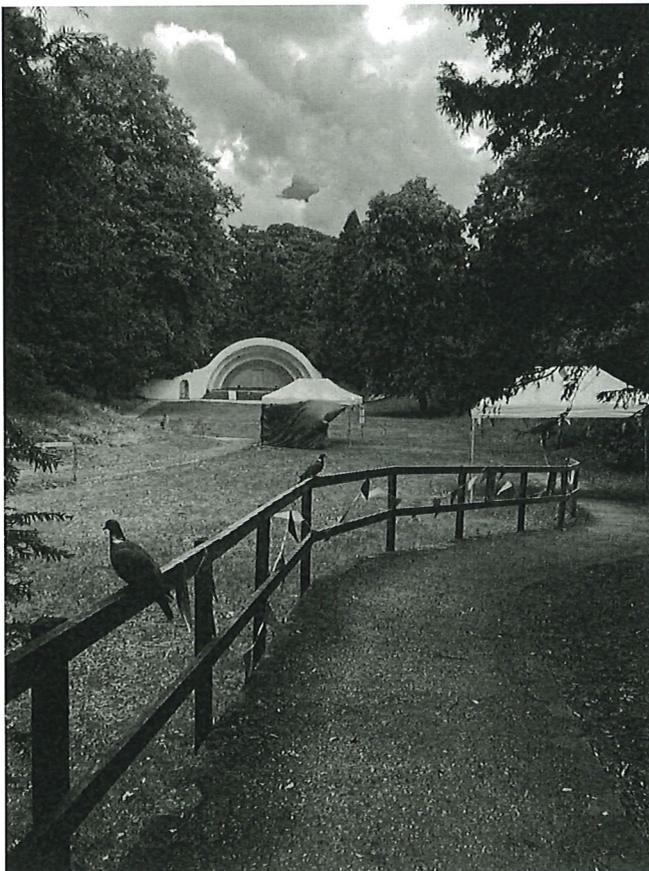
Beispiel für einen Kiosk



Beispiel für einen Pavillon



Gestaltungsbeispiel



Beispiel für Pavillon in Muschelform

## Beschluss des Stadtteilbeirates Findorff

(Fachausschuss „Soziales, Integration, Jugend, SeniorInnen und Inklusion“)

### Medizinische Versorgung der geflüchteten Menschen in der Messehalle 7

Der Beirat Findorff, Fachausschuss Soziales, Integration, Jugend, SeniorInnen und Inklusion, fordert die Senatorinnen für Gesundheit und Soziales auf, eine bessere medizinische Versorgung der geflüchteten Menschen bereitzustellen.

Es sollten

1. Ausgebildete Suchthelfer für Menschen mit Suchterkrankungen zur Verfügung stehen oder kurzfristig ansprechbar sein,
2. Die Anmeldung der geflüchteten Menschen in der gesetzlichen Krankenkasse, die beim Wechsel in das Sozialleistungssystem nach dem SGB II erfolgt, sollte deutlich schneller erfolgen, um in Krankheitsfällen, die keine Notfallbehandlung, aber dennoch eine sehr kurzfristige Behandlung erfordert, eine schnelle angemessene Versorgung zu ermöglichen und
3. Schlägt der Fachausschuss vor, einen kurzfristigen Gesprächstermin mit VertreterInnen des Fachausschusses, den MitarbeiterInnen des Arbeiter- Samariter-Bundes, die die Betreuung der Menschen in den Messehallen übernehmen und VertreterInnen des Sozial- und Gesundheitsressorts zu vereinbaren, in dem über eine mögliche Umsetzung der Punkte 1 und 2 gesprochen wird.

Begründung:

Viele BewohnerInnen der Halle 7 haben noch keine reguläre Krankenversicherung, solange ihr Aufenthaltsstatus in Klärung ist bzw. während der Überleitung in das System nach dem SGB II oder XII, also in die Betreuung durch das Jobcenter oder die Sozialhilfe. Während dieser Zeit sind nur Notfallbehandlungen möglich. In verschiedenen Fällen ist dieses nicht ausreichend.

Durch den Leiter der Einrichtung wurde dem Fachausschuss berichtet, dass in der Messehalle 7 ungefähr 10 Personen mit Suchtproblematik untergebracht wurden. Diesen Menschen ist es aufgrund ihrer fehlenden Krankenversicherung nicht möglich, entsprechende Fachärzte oder Beratungsstellen aufzusuchen, um dort eine angemessene Medikation und Beratung zu erhalten. Mittlerweile stellen sich regelmäßige Entzugerscheinungen ein, die zeitweise zu aggressivem Verhalten führen. In der Halle 7 sind auch Familien mit Kindern, Jugendliche, alleinreisende Frauen und ältere Personen untergebracht, die durch ein solches Verhalten massiv gefährdet werden. Schon zum Schutz dieser unbeteiligten, aber durch

Fluchterfahrungen auch eventuell traumatisierten Menschen ist eine fachmedizinische Behandlung suchtkranker Menschen dringend erforderlich.

Des Weiteren sind verschiedene Menschen auf medizinische Hilfsmittel wie z. B. Brillen oder Hörgeräte, angewiesen. Die Hilfsmittel sind teilweise auf der Flucht beschädigt worden oder verloren gegangen oder die Diagnostik hat sich seit der Ankunft verschlechtert. Die Kosten für diese Hilfsmittel müssten aus eigenen Mitteln getragen werden, über die die Menschen in der Regel nicht verfügen. Auf diese Hilfsmittel sind die Menschen angewiesen. Nicht oder schlecht hören oder sehen zu können, obwohl dieses mit relativ einfachen, kostengünstigen und grundsätzlich vorhandenen Mitteln behoben werden kann und nur an der Finanzierung scheitert, ist nicht menschenwürdig.

Auch dringend erforderliche Fortführungen der Behandlung von fortschreitenden Krankheiten wie z. B. Krebserkrankungen müssen gewährleistet werden, um eine Verschlechterung des Gesundheitsbildes zu vermeiden. Eine Unterbrechung von Behandlungen für einen unbestimmten, aber längeren Zeitraum führt bei diesen Erkrankungen in der Regel kurzfristig zu einer deutlichen Verschlechterung der Situation bis hin zum Tod der Person. Auch hier gilt, dass eine unterlassene lebensrettende Behandlung auch in nicht akuten, sondern chronischen Fällen nicht als menschenwürdig angesehen werden kann.

Der Fachausschuss fordert daher die Senatorinnen für Gesundheit und für Soziales auf, kurzfristig für Abhilfe zu sorgen und die schnelle und angemessene medizinische Versorgung insgesamt, insbesondere aber in den oben genannten Fällen, sicherzustellen.

(einstimmiger Beschluss des Fachausschusses „Soziales, Integration, Jugend, SeniorInnen und Inklusion“ in der Sitzung am 20.09.2022)